Der Stadtrat nimmt die der Einladung beigefügte Aufstellung zur aktuellen Flüchtlingssituation zur Kenntnis.

Stv. Hoene bittet die Verwaltung in Bezug auf die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine um Auskunft, wieviel Potential zur weiteren Aufnahme von Flüchtlingen Bergneustadt habe.

BM Thul teilt daraufhin mit, dass sich die Verwaltung bereits mit dem Thema beschäftigt habe. Zudem sei es Ziel einer geplanten Massenzustromrichtlinie der EU, Menschen ohne langes Asylverfahren unverzüglich vorübergehenden Schutz mit bestimmten Mindeststandards zu gewähren. Sollte diese Richtlinie in Kraft gesetzt werden, erfolge die Bearbeitung der Fälle durch die Ausländerbehörde. Er weist darauf hin, dass diese Menschen nicht gezielt zugewiesen werden, sondern eine freie Wohnsitzwahl haben. Zudem seien bereits beim FB 3 Angebote von Bergneustädter Bürgern eingegangen, die Wohnraum für flüchtende Menschen zur Verfügung stellen möchten.

Ergänzend teilt StVRin Adolfs mit, dass sie bereits bei den ortsansässigen Wohnungsbaugesellschaften Anfragen gestartet habe, wieviel Wohnraum diese zur Verfügung stellen könnten. Momentan stünden der Verwaltung gut ein Dutzend Betten für Kriegsflüchtlinge zur Verfügung. Von Sachspenden bitte sie, Abstand zu nehmen.

Stv. Kämmerer erinnert daran, dass im Rahmen der Haushaltsplanberatungen im vergangenen Jahr der Neubau einer Flüchtlingsunterkunft aus Kostengründen verschoben worden sei. Er regt an, ob es die aktuelle Situation nicht erforderlich mache, die Überlegungen zum Bau einer Unterkunft auf dem Silberg wieder aufzunehmen. Er selber werde die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Bau- und Planungsausschusssitzung setzen. Er bedanke sich für das bereits Aktivwerden der Verwaltung und bitte diese intensive Gespräche mit der GeWoSie zu führen. Aufgrund eines Hinweises sei bekannt, dass die GeWoSie sehr viele Wohnflächen nicht nutze.

(Hinweis: Ein gemeinsames Gespräch der Verwaltungsführung mit der Leitung der GeWoSie hat bereits am 4. März mit konstruktiven Ergebnissen stattgefunden.)

Daraufhin regt Stv. Hoene an, auf der städtischen Homepage einen Hinweis zu installieren, an wen sich Bürgerinnen und Bürger wenden können, sollten sie Wohnraum für Kriegsflüchtlinge zur Verfügung stellen möchten.